



#STEH FÜR WAS

REPORT 2024



 Powerd by:



Co-funded by
the European Union



Autor:innen:

Adrian Andretsch
Carla Mladek, MSc
Dave Kock
Ian Traußnig
Ismail El Sirfy, BA BSc
Lena Rauter, BSc

Noa Gruber
Susanne Präg
Teresa Nagele
Vincent Englitsch
Xenia Ebenhöf

Design:

Lena Rauter, BSc

Branding:

Helena Autischer / apolla.at

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen der Autor:innen und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union wieder. Die Europäische Union kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	3
Jahreszeugnis	4
Demografische Daten	5
Hauptthemen	
<i>Armutsgefährdung</i>	6
<i>Bildung</i>	7
<i>Digitalisierung</i>	8
<i>Frauenrechte</i>	9
<i>Geflüchtete Menschen</i>	10
<i>Jobchancen</i>	11
<i>Klimawandel</i>	12
<i>Korruption</i>	13
<i>Meinungs- und Pressefreiheit</i>	14
<i>Mentale Gesundheit</i>	15
<i>Mitbestimmung in der EU</i>	16
<i>Rechte von Minderheiten</i>	17
<i>Teuerung</i>	18
Wir müssen reden	
<i>Einleitung</i>	19
<i>Vereinigte Staaten von Europa</i>	19
<i>Beitritt zur Nato</i>	20
<i>Bau eines AKW</i>	20
<i>Wehrdienst abschaffen</i>	21
<i>Wehrdienst für alle</i>	21
<i>Europäisches Heer</i>	22
<i>Direkte Demokratie</i>	22
Teilnahme	
<i>Teilnahme am politischen Geschehen</i>	23
<i>Wie will ich erreicht werden</i>	24
Allgemeines	
<i>Kampagnen Rückblick</i>	25
<i>Fazit</i>	26
<i>Appendix</i>	27
<i>Impressum</i>	34

ZUSAMMENFASSUNG

Die Kampagne „Steh für Was“ ist eine Initiative zur Förderung der politischen Teilhabe junger Menschen, die sich insbesondere mit der österreichischen Nationalratswahl 2024 auseinandersetzt. Sie kann als nationale Fortsetzung der EU-weiten Initiative „StandForSomething“ verstanden werden.



Dieser Bericht stellt die Ergebnisse der im Rahmen des Projektes #STEHFÜRWAS durchgeführten Umfrage und Fokusgruppen, im Zeitraum von Oktober 2023 bis September 2024 vor. Ziel ist es, die Einstellungen junger Menschen gegenüber Österreichs Politik zu untersuchen und zu beschreiben, sowie ihre Ideen und Prioritäten vorzustellen.

Der Bericht kombiniert quantitative und qualitative Methoden, um die Meinungen junger Menschen zur aktuellen Situation in Österreich zu beleuchten. Festgehalten wurde dies anhand eines Online-Fragebogens sowie weiterer partizipativer Ansätze wie beispielsweise begleitende Fokusgruppen an Berufsschulen. Dabei wurde insbesondere darauf geachtet, eine gut durchmischte Gruppe zu erreichen. Die wichtigsten Anliegen der Befragten sowie ihre Ideen für ein besseres Österreich werden in den Ergebnissen deutlich. Die Prioritäten der jüngeren Generation konzentrieren sich auf die Teuerung, den Klimawandel und den Umgang mit geflüchteten Menschen.

Während der Kampagne „Steh für Was“ wurden dabei noch zahlreiche andere Aktivitäten durchgeführt, unter anderem eine Panel-Diskussion, ein Besuch im österreichischen Parlament, Straßen-Info-Aktionen und Kamingespräche mit Politiker:innen.



“

„Mit STEH FÜR WAS haben wir eine Möglichkeit für junge Leute geschaffen, sich zu engagieren, selbst Events zu veranstalten und politische Informationen einzuholen. Wir merken, sie sind motiviert, interessiert und wollen einen stärkeren Einfluss auf das politische Geschehen haben. Es war mir eine große Freude, Initiativen im ganzen Land betreuen zu dürfen und dafür zu sorgen, dass junge Menschen in ganz Österreich am Diskurs teilhaben können.“

Dave Kock, Vorsitzender EUth

Jahreszeugnis

Österreichische Bundesregierung angelobt am 7. Jänner 2019

Pflichtgegenstand	Beurteilung
Armutgefährdung	3,2
Bildung	2,6
Digitalisierung	2,8
Frauenrechte	2,8
Geflüchtete Menschen	3,4
Job-Chancen	2,6
Klimawandel	3,6

Pflichtgegenstand	Beurteilung
Korruption	3,4
Meinungs- und Pressefreiheit	2,6
Mentale Gesundheit	3,3
Mitbestimmung in der EU	2,8
Rechte von Minderheiten	2,8
Teuerung	3,9

Sie hat das fünfte Jahr der XXVII. Gesetzgebungsperiode mit mäßigem Erfolg und einem Notendurchschnitt von 3.06 abgeschlossen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, wo Handlungsbedarf besteht. In den folgenden Seiten werden konkrete Vorschläge gebracht, wie die Politik die Situation junger Menschen verbessern kann.

Wien, am 1. November 2024

Dave Kock

Dave Kock
Vorstand EU'th



Demografische Daten

Die Umfrage richtete sich an Personen im Alter von 14 bis 30 Jahren. Von **700+ Befragten** wurden **Antworten von 617 infrage kommenden Personen** ausgewertet und Forderungen von Fokusgruppen mit **1700+ Personen** inkludiert. Zwei Drittel der Teilnehmenden waren zwischen 15 und 21 Jahren alt, **57.7 % waren weiblich, 39.2 % männlich und 3.1 % divers**. Was die Wohngegend der Befragten betraf, herrschte ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Stadt und Land: Etwas mehr als die Hälfte der jungen Personen gab an, in einer Stadt zu wohnen, während die übrigen aus einer Gemeinde oder einem ländlichen Gebiet stammten.

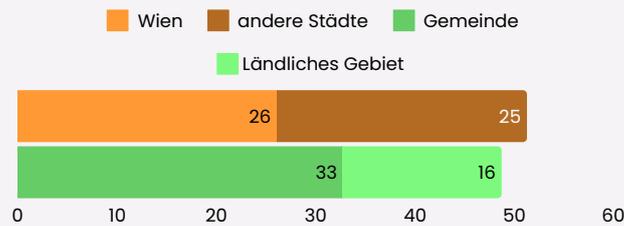


Abb.1.: Wohngegenden der Teilnehmenden in %.

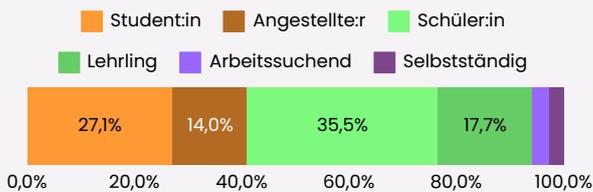


Abb.2.: Momentane Beschäftigung in %.
(Mehrfachangaben möglich)

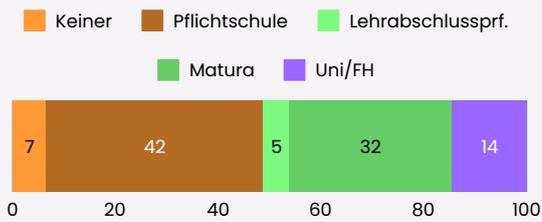


Abb.3.: Höchster Bildungsabschluss der Teilnehmenden

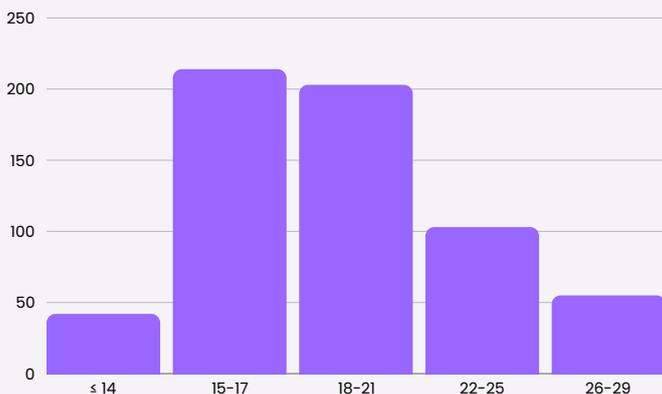


Abb. 4.: Teilnehmende nach Altersgruppen (insg. 617)

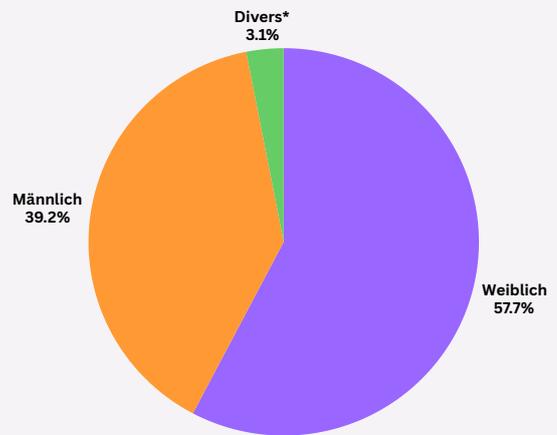


Abb.5.: Teilnehmende nach Geschlecht (*Non-Binary, anderes & keine Angabe)

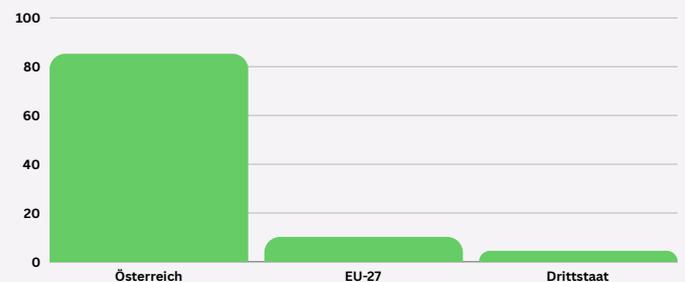


Abb.6.: Geburtsort der Teilnehmenden

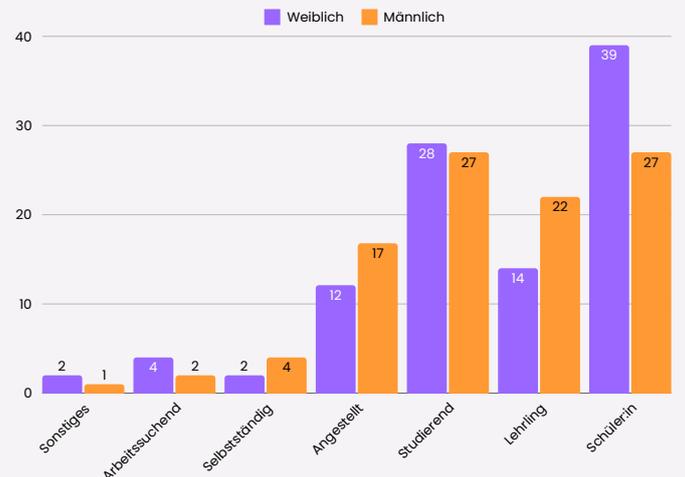


Abb.7.: Momentane Beschäftigung nach Geschlecht in %.
(Mehrfachangaben möglich)

ARMUTS- GEFÄHRDUNG

Befriedigend

Gesamtnote 3.2

Die zugrundeliegende Stimmung zeugt von der Wichtigkeit einer verlässlichen sozialen Absicherung. Es besteht ein Bedürfnis nach einem Gesundheitssystem, das für alle in einem adäquaten Zeitrahmen frei zugänglich ist und auch etwa leistbare Therapien bietet. Zudem wird eine lebenserhaltungskostensenkende Wirtschaftspolitik gefordert, vor allem im Bereich der Mobilität.

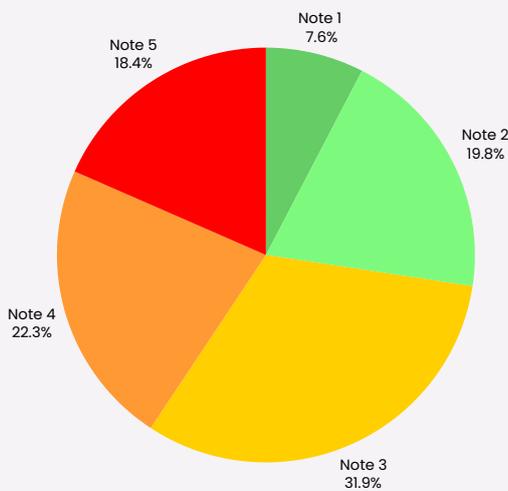


Abb. 8: Die vergebenen Noten der Befragten für den Bereich Armutsgefährdung

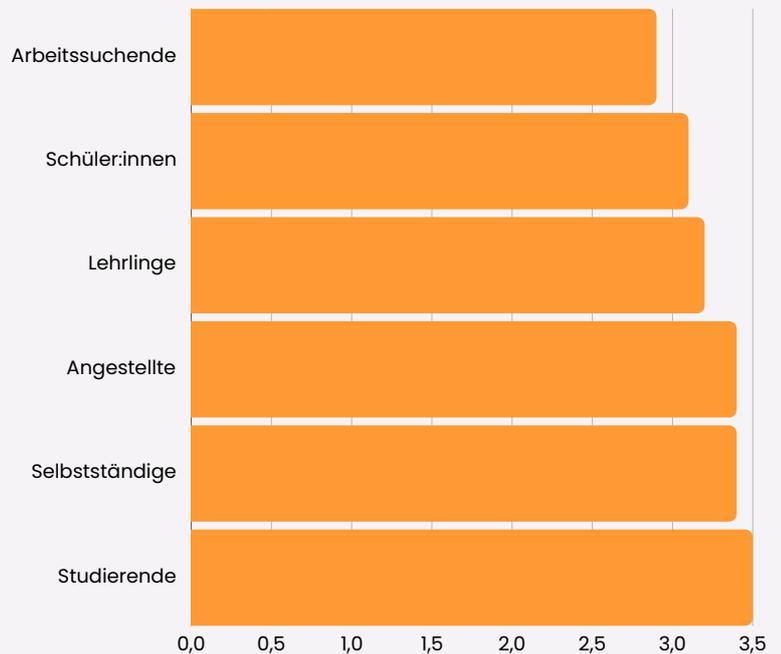


Abb. 9: Die durchschnittlich abgegebene Note nach aktueller Beschäftigung



Konkrete Forderungen

Ein Wirtschaftssystem, das niedrige Lebenserhaltungskosten garantiert.

- **Leistbare Mobilität:** Öffentlicher (wenn nicht verfügbar Individual-) Verkehr muss allen zugänglich sein, unabhängig von Einkommen oder Wohnort
- **Leistbare und zeitnahe Gesundheitsversorgung:** Unerheblich der individuellen finanziellen Situation sollen vor allem Physio- und Psychotherapien allen kostengünstig zur Verfügung stehen
- **Senkung der Fixkosten und der Preise essenzieller Güter**

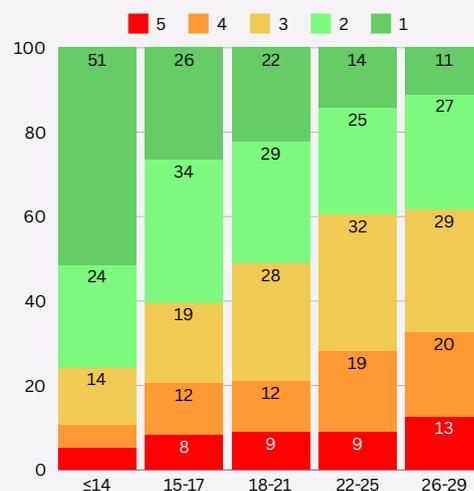


BILDUNG

Befriedigend

Gesamtnote: 2.6

Grundsätzlich wird Bildung nicht als die größte Baustelle der Republik eingeschätzt, jedoch wird auch hier großes Verbesserungspotential gesehen. Es herrscht der Wunsch nach einer moderneren Schule, die sich auf die Stärken anstelle der Schwächen der Schüler:innen fokussiert. Inhalte müssen relevanter für die heutige Lebensrealität und die spätere Berufspraxis werden. Insbesondere bei diesem Punkt sind viele Forderungen gestellt worden, auch auf Grund der Tatsache, dass das Thema sehr nah an der Lebensrealität junger Menschen liegt.



Konkrete Forderungen:

Das Bildungssystem aus dem 19. ins 21. Jahrhundert holen.

- **Lehrpläne modernisieren:** Der Unterricht muss an die heutigen Lebensrealitäten und notwendigen (Berufs-) Kompetenzen angepasst werden
- **Abwechslungsreicher Unterricht:** Mehr Freiraum, um die Motivation der Schüler:innen zu steigern, Entlastung zu erzielen und individuelle Talente zu fördern
- **Bessere Ausstattung:** Anschaffung von zeitgemäßem Equipment und Etablierung von zukunftsweisenden Technologien wie KI
- **Aufwertung der Lehre:** Etwa durch eine Verkürzung der Arbeitszeiten und Sanierung der Berufsschulen
- **Bauliche Maßnahmen:** Für ganzjährig arbeitsfähige Temperaturen im Klassenzimmer – speziell im Hinblick auf Extremtemperaturen durch den Klimawandel

Befriedigend

DIGITALISIERUNG

Gesamtnote: 2.8

Im Bereich der Digitalisierung erhält die Politik die Note 2.8. Unterschiede zeigen sich etwa zwischen Befragten vom Land (2.6) und der Stadt (2.9), wobei erstere eine positivere Bewertung abgaben. Besonders unter 14-Jährige bewerten diesen Bereich überdurchschnittlich gut mit einer Note von 2.1. Bei den Studierenden fiel die Bewertung mit 3.2 deutlich schlechter aus.

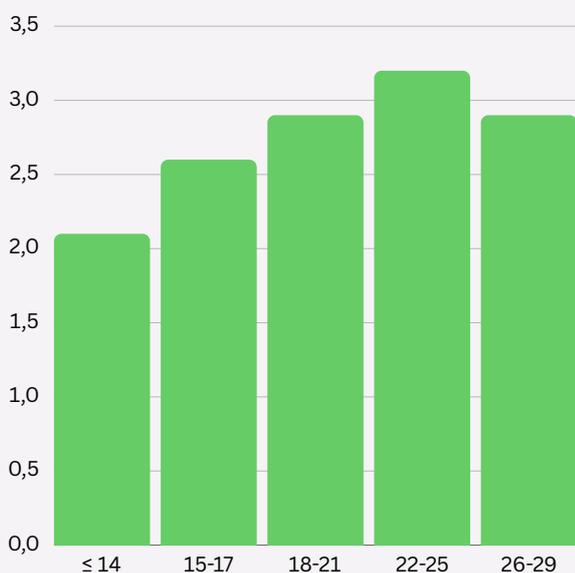


Abb. 11: Der Notendurchschnitt der Befragten nach Alter zum Thema Digitalisierung

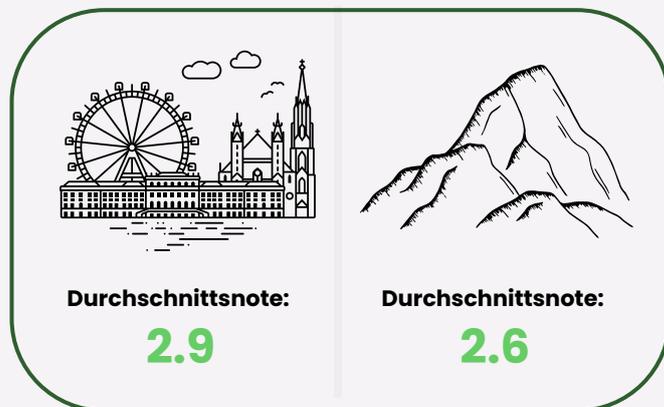


Abb. 12: Der Notendurchschnitt zwischen Personen, die in der Stadt und am Land wohnen. Städter empfinden einen höheren Handlungsbedarf im Bereich der Digitalisierung

Konkrete Forderungen

Das Internet ist kein Neuland. KI auch nicht. Zumindest nicht für uns.

- **Sicherheit im Netz:** Stärkerer Schutz vor digitalen Bedrohungen bspw. mithilfe einer Verschärfung der Datenschutzgesetze und dem Ausbau der Cybersecurity-Maßnahmen
- **Ethischer Umgang mit KI:** Präzise und laufend aktualisierte Richtlinien als Bedingung für den Einsatz in Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung
- **Digitale Fitness:** Vorbereitung auf die Anforderungen der digitalen Welt in Erwachsenenbildung, Schulen und der Pädagogik



FRAUENRECHTE

Befriedigend

Gesamtnote: 2.8

Im Bezug auf die Frauenrechte bekommt die Politik die Note 2.8. Während die männlichen Teilnehmer diesen Bereich mit 2.5 bewerteten, widersprachen weibliche und nicht-binäre Befragte dieser eher optimistischen Einstellung und vergaben die merklich schlechtere Note von 3.0. Zudem empfanden Menschen mit "höherem" Alter eher, dass die Gleichstellung der Geschlechter seitens der Politik unzureichend geschützt und gefördert wird.

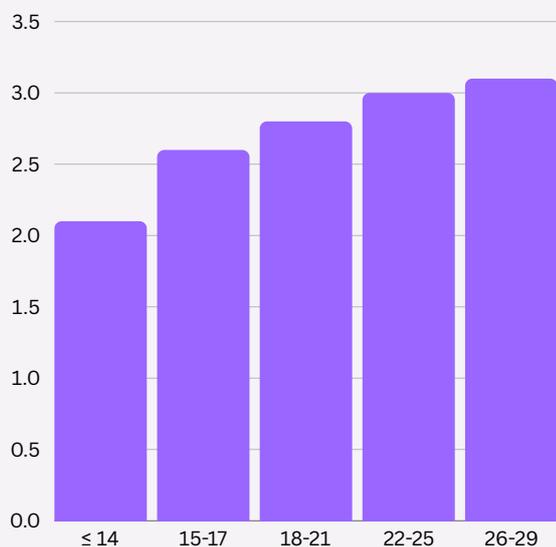


Abb. 13: Auswertung nach Alter in Schulnoten



Abb. 14: Auswertung lt. Geschlecht in Schulnoten zum Thema Frauenrechte. Wegen zu wenigen Teilnehmenden ohne binäre Geschlechtsidentität ist keine aussagekräftige Note möglich.



Konkrete Forderungen:

Frau sein darf nicht extra kosten.

- **Medizinische Versorgung:** Die Beschwerden und Probleme von Frauen müssen ernster genommen werden. Zudem benötigt die Medizin einen stärkeren Fokus auf den weiblichen Körper
- **Mutterschaft:** Armut und Abhängigkeit dürfen keine Folgen der Elternschaft sein. Alleinerziehende – statistisch größtenteils Frauen – sollen durch gezielte Fördermaßnahmen stärker unterstützt werden
- **Leistbare Menstruationsartikel für alle**
- **Gratis Hygieneartikel:** An Orten wie Schulen, Unis und öffentlichen Toiletten sollen diese analog zu WC-Papier kostenfrei verfügbar sein



GEFLÜCHTETE MENSCHEN

Befriedigend

Gesamtnote: 3.4

Im Umgang mit geflüchteten Menschen bekommt die Politik die Note 3.4. Während Personen mit FH- oder Universitätsabschluss den Sachverhalt mit 3.8 benoteten, bewerteten Menschen mit Pflichtschulabschluss diesen Politikbereich mit einer Note von 3.3 besser. Ein häufiger Kritikpunkt ist die Beschäftigungslosigkeit von geflüchteten Menschen aufgrund langer Asylverfahren. In Kombination mit eigenen niedrigen Löhnen und hoher Stundenanzahl führt dies zu Missfallen.

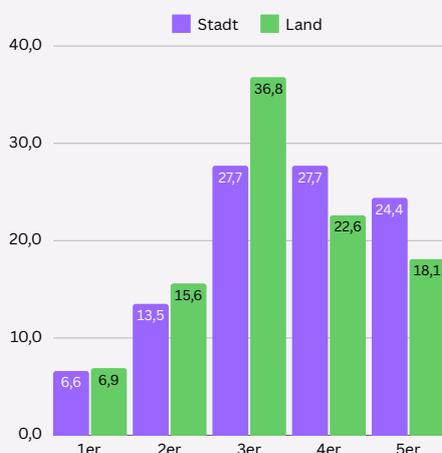


Abb.15: Auswertung nach Region in Schulnoten

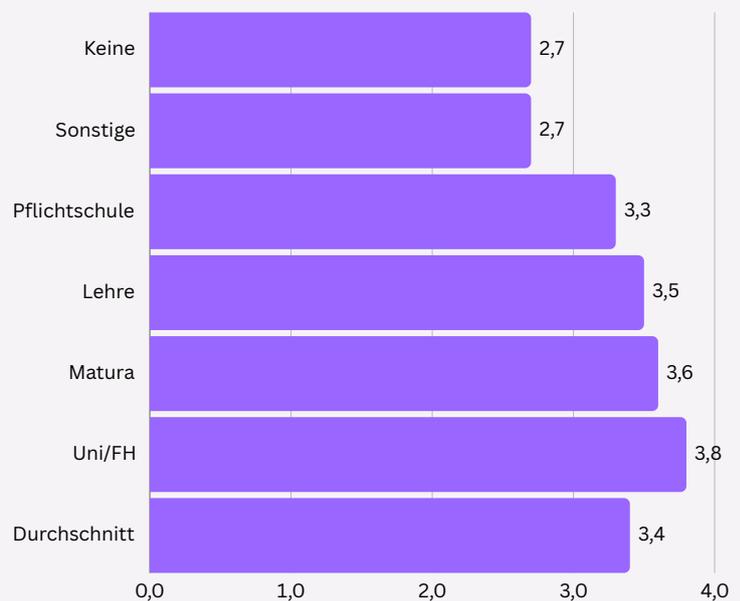


Abb.16: Auswertung nach höchstem Bildungsabschluss in Schulnoten



Konkrete Forderungen:

Humane und effiziente Migrationspolitik.

- **Schnellere Verfahren:** Die Bescheinigung über den Ausgang der Asylverfahren muss zeitnah erfolgen
- **Mehr Integrationsmöglichkeiten:** Ausbau von Angeboten und teilweise verpflichtende Inanspruchnahme (etwa bei Sprachkursen)
- **Konsequenz:** Bei negativem Bescheid oder Nichteinhaltung von Auflagen soll effizienter eingeschritten werden



JOB-CHANCEN



Gesamtnote: 2.6

Befriedigend

Die Job-Chancen wurden mit der Note 2.6 bewertet. Studierende schätzen ihre Chance auf einen guten Arbeitsplatz nach dem Abschluss am unsichersten ein (2.9), während Schüler:innen noch an gute Job-Chancen (2.4) glauben.

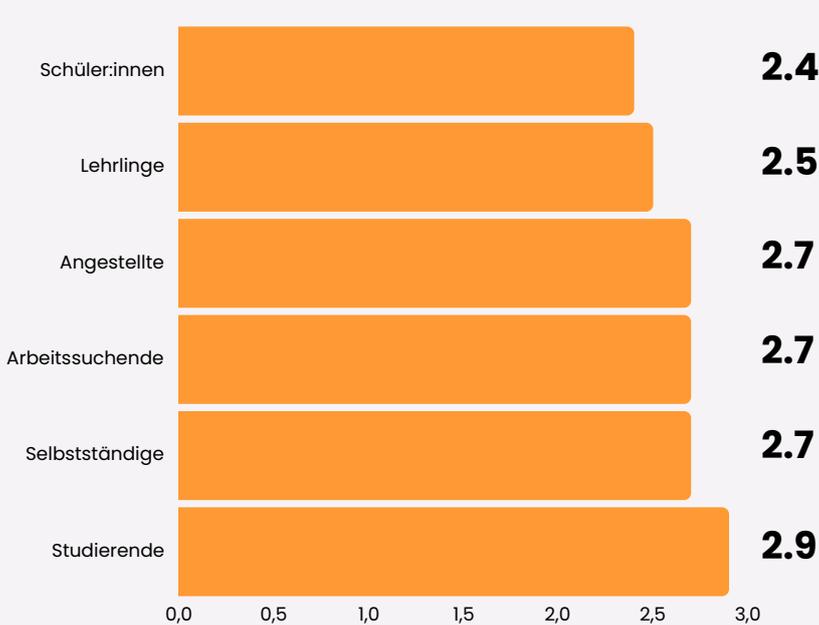


Abb. 17: Die durchschnittlich abgegebene Note nach aktueller Beschäftigung
Höhere Bildung scheint als keine Garantie für gute Job-Chancen wahrgenommen zu werden

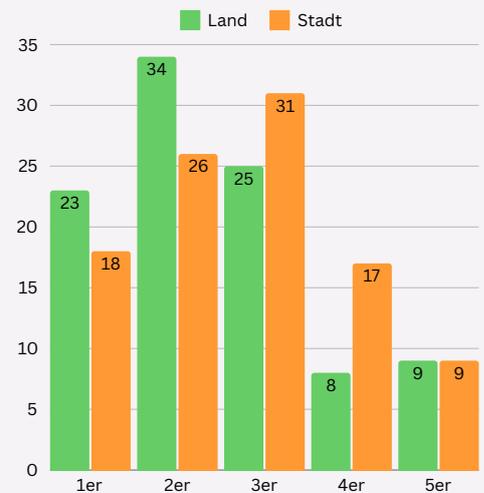


Abb.18: Auswertung nach Region in Schulnoten



Konkrete Forderungen:

Faire Arbeit, fairer Lohn.

- **Flexible Arbeitszeiten:** Einführung einer 4-Tage (32-Stunden) Woche für eine bessere Work-Life Balance
- **Höhere Löhne:** Gerechte Bezahlung, insbesondere für Lehrlinge und körperlich arbeitende Menschen (bspw. Pflegekräfte)
- **Attraktive Lehrstellen:** Verstärkter Ausbau der Ausbildungsplätze
- **Bessere Integration:** Unterstützung von Langzeit-Arbeitslosen und Flüchtlingen bei der Integration in den Arbeitsmarkt
- **Soziale Gerechtigkeit:** Faire Verteilung von Arbeit und Einkommen



KLIMAWANDEL

Genügend

Gesamtnote: 3.6

Die Teilnehmenden sind der Meinung, dass in puncto Klimawandel von der Politik zu wenig gemacht wird. Personen zwischen 22 und 25 Jahren sind am unzufriedensten (Note 3.9). Außerdem wird das Thema mit steigendem Bildungsgrad zunehmend negativer bewertet. Stadt-Land Gefälle gibt es keines.

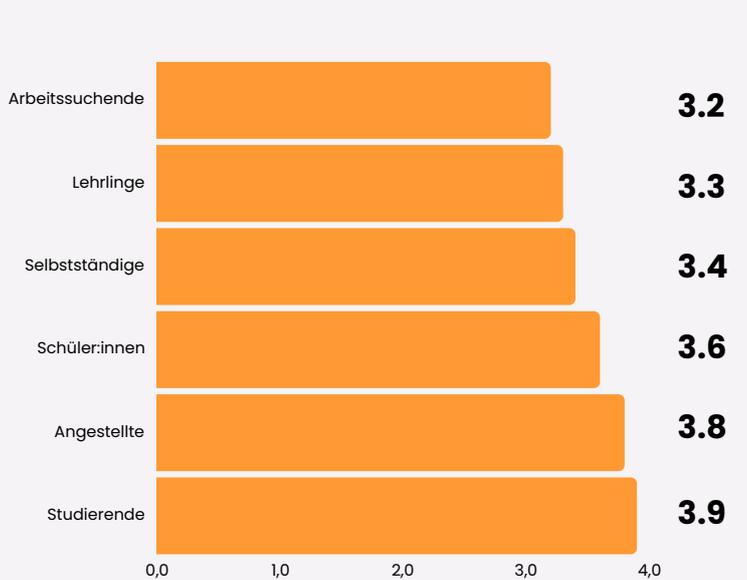


Abb. 19: Die durchschnittlich abgegebene Note nach aktueller Beschäftigung

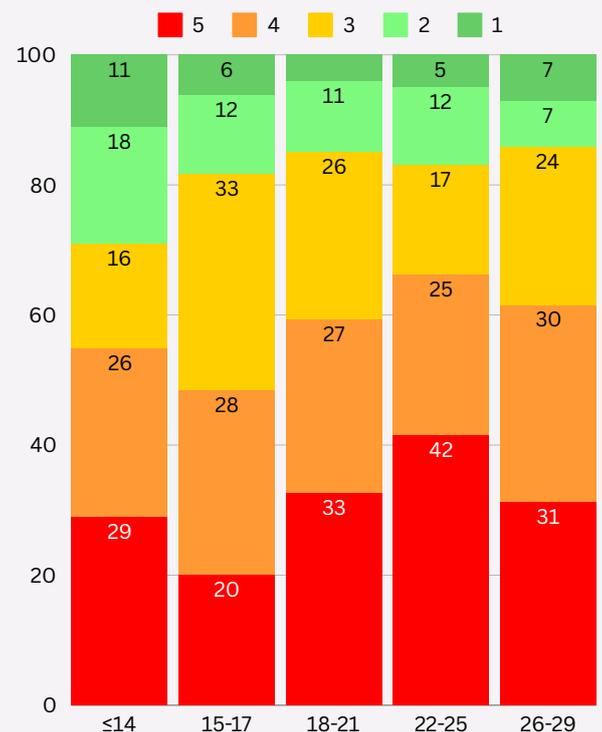
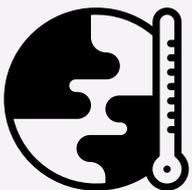


Abb. 20: Notenverteilung nach Altersgruppen (in %)



Konkrete Forderungen

Umsetzung der bereits beschlossenen Pläne und Ziele!

- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs:** Mehr Verbindungen, günstigere Preise, weniger Verspätungen und Ausfälle – auch am Land
- **Gemeinschaftliche Verantwortung:** Die Ausgaben für die notwendigen klimaschützenden Maßnahmen müssen institutionell getragen werden
- **Keine Kostenabwälzung:** Die Konsequenzen des Klimawandels dürfen nicht von Privatpersonen (alleine) gestemmt werden



KORRUPTION

Gesamtnote: 3.4

Befriedigend

Die Jugend empfindet das Thema Korruptionsbekämpfung als wichtig, ist aber eher unzufrieden mit der Handhabung dieser Problematik seitens der Regierung. Gewünscht werden vor allem wirkungsvollere Maßnahmen. Auch Politiker:innen selbst werden teilweise als korrupt empfunden. Dieses Meinungsbild spiegelt sich sowohl in den formulierten Forderungen der Fokusgruppen als auch in der Benotung von 3.4 deutlich wider.

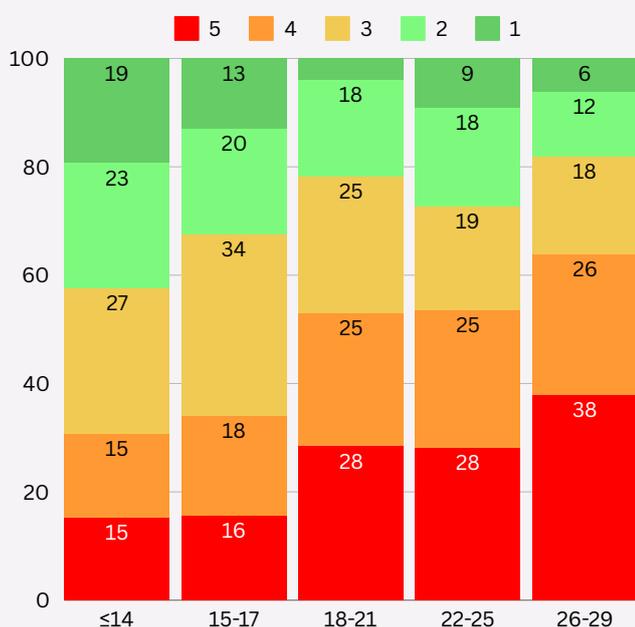


Abb. 21: Notenverteilung nach Altersgruppen (in %)

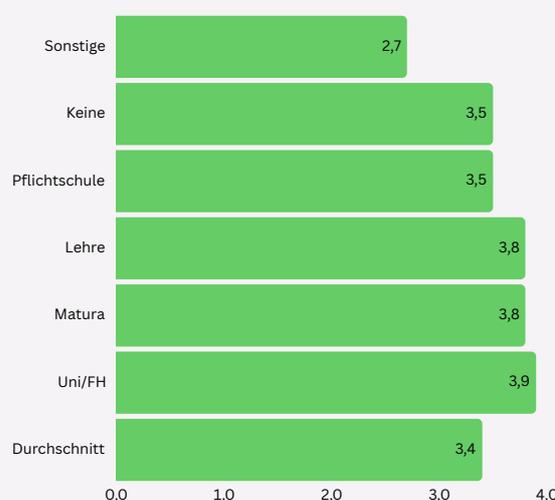


Abb. 22: Auswertung nach höchstem Bildungsabschluss in Schulnoten



Konkrete Forderungen:

Mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen.

- **Unabhängige Korruptionsbekämpfung:** Strengere Gesetze und mehr Kontrollen zur Bekämpfung von Korruption auf allen politischen Ebenen
- **Schärferes Lobbying-Gesetz:** Stärkere Regulierung für mehr Transparenz und Reduktion der Einflussnahme von Lobbyist:innen auf politische Entscheidungen
- **Limitierung von Einfluss:** Die Entscheidungsmacht von Superreichen und Konzernen muss eingeschränkt werden



MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Gesamtnote: 2.6

Die Hälfte (52.6%) der jungen Menschen schätzten die Meinungs- und Pressefreiheit in Österreich als gut oder sehr gut ein. Verhältnismäßig kritisch wird die Thematik von Studierenden und Personen aus Städten gesehen. Als einzelne Kritikpunkte wurden der Umgang mit Wissenschaftsfeindlichkeit und die Verharmlosung von Diskriminierung unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit genannt.

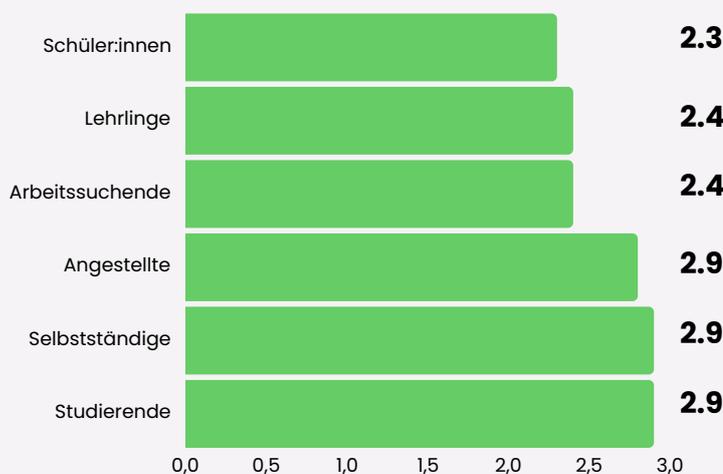
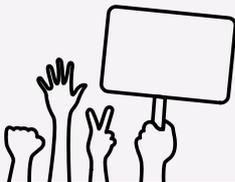


Abb.23: Die durchschnittlich abgegebene Note nach aktueller Beschäftigung



Abb.24: Auswertung nach Region in Schulnoten



Konkrete Forderungen:

Mediale Transparenz als Grundpfeiler der Gesellschaft.

- **Transparenz:** Die Auftraggebenden bzw. Financiers von Artikeln müssen als Werbeschaltende klar deklariert werden
- **Strengere gesetzliche Regelungen:** Sicherung der Unabhängigkeit von Medien und Journalist:innen vor politischem und wirtschaftlichem Einfluss
- **Bekämpfung von Desinformationen:** Via Fakten-Checks und Förderung von Medienkompetenz - unter Berücksichtigung der Meinungsfreiheit
- **Sicherstellung der Anonymität von Quellen und Whistleblowern:** Informationen von öffentlichem Interesse müssen straffrei und anonym veröffentlichbar sein



MENTALE GESUNDHEIT

Gesamtnote: 3.3

Befriedigend

Der Umgang der Politik mit dem Thema Mentale Gesundheit wird mit der Gesamtnote 3.3 bewertet. Männliche Befragte gaben eine bessere Note (3.0) als Frauen (3.5). Ein Blick auf die Beschäftigung zeigt, dass Studierende die Politik in diesem Bereich am negativsten einschätzten, während Lehrlinge mit 3.1 die beste Note vergaben. Einen großen Unterschied kann man zwischen Menschen, die außerhalb der EU geboren wurden (2.6) und jenen, die innerhalb der EU zur Welt kamen (3.3), erkennen. Allgemein ist klar erkennbar, dass psychischer Gesundheit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

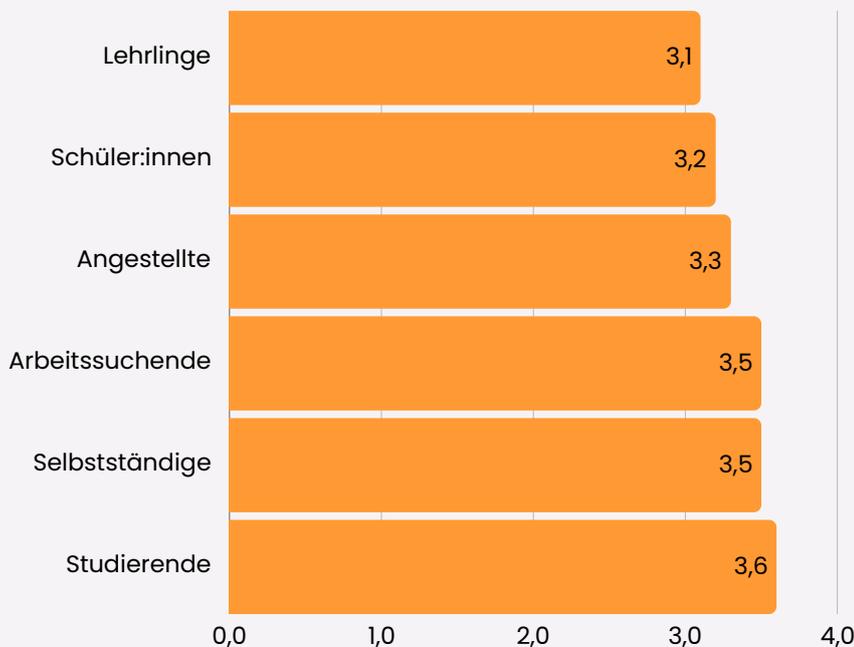
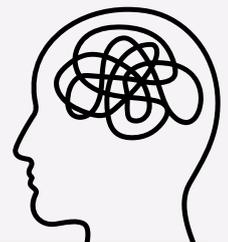


Abb. 25: Die durchschnittlich abgegebene Note nach aktueller Beschäftigung



Abb. 26: Geschlechterdifferenz in der Benotung in Schulnoten



Konkrete Forderungen:

Gesundheit ist untrennbar physisch und psychisch.

- **Leistbare Therapien:** Es besteht ein dringender Bedarf am Ausbau von kostengünstigen und zeitnahen Psychotherapieplätzen
- **Entstigmatisierung:** Die psychische Gesundheit soll stärker in den Fokus gerückt, das Wissen darüber verbessert und die Thematik in der Bevölkerung entstigmatisiert werden

MITBESTIMMUNG IN DER EU

Befriedigend

Gesamtnote: 2.8

Die Mitbestimmung in der EU wurde insgesamt mit einer 2.8 bewertet. Jene Personen, die in Österreich geboren wurden, gaben die Note 2.8, im EU-Ausland geborene nur eine 2.9.

Menschen aus Drittstaaten benoteten die Politik in diesem Bereich mit 2.4 besser. Hierbei lässt sich erkennen, dass die befragten jungen Menschen sich wünschen, dass ihre Stimme besser gehört wird. Stadt-Land Gefälle gab es in dieser Thematik nahezu keines (2.8 zu 2.7).

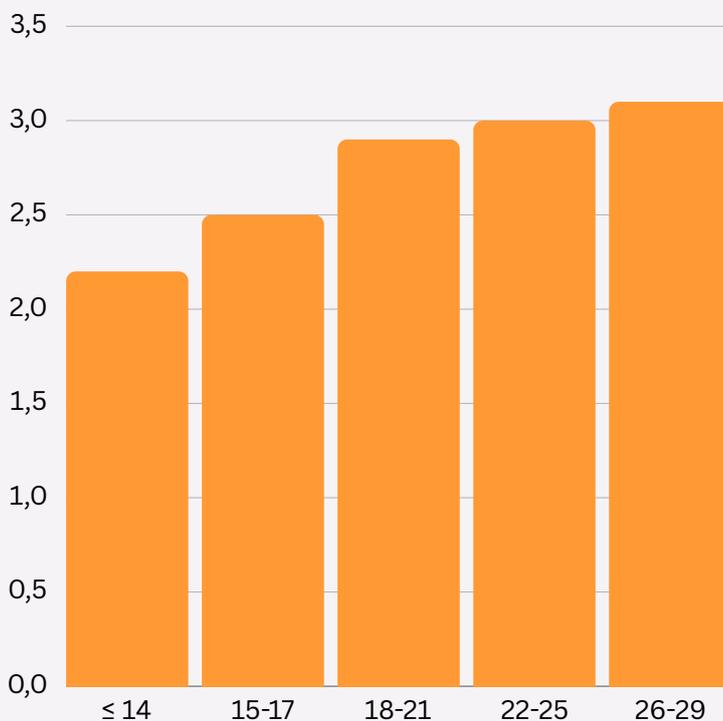


Abb. 27: Notendurchschnitt nach Alter

Österreich	2.8
EU-27	2.9
Drittstaat	2.4

Abb. 28: Auswertung nach Geburtsland in Schulnoten

Konkrete Forderung:

Mehr Kommunikation auf Augenhöhe.

- 
- **Gelebte Repräsentation:** Mehr junge EU-Politiker:innen, welche die Interessen der jüngeren Generationen vertreten
 - **Verbesserte Kommunikation:** Bessere Informationsvermittlung über die EU - beispielsweise via nationale Kanäle



RECHTE VON MINDERHEITEN

Befriedigend

Gesamtnote: 2.8

Bezüglich der Rechte von Minderheiten bekommt die Politik ein Befriedigend. Personen, welche in Österreich oder innerhalb der EU geboren wurden, sind mit dem Status Quo unzufriedener – sie gaben der Regierung die Note 2.9 – als Personen aus Drittstaaten. Diese bewerten die Wahrung der Rechte von Minderheiten deutlich besser mit einer Note von 2.4. Die Differenz zwischen Stadt und Land liegt bei 0.2 mit den Noten 2.9 und 2.7.

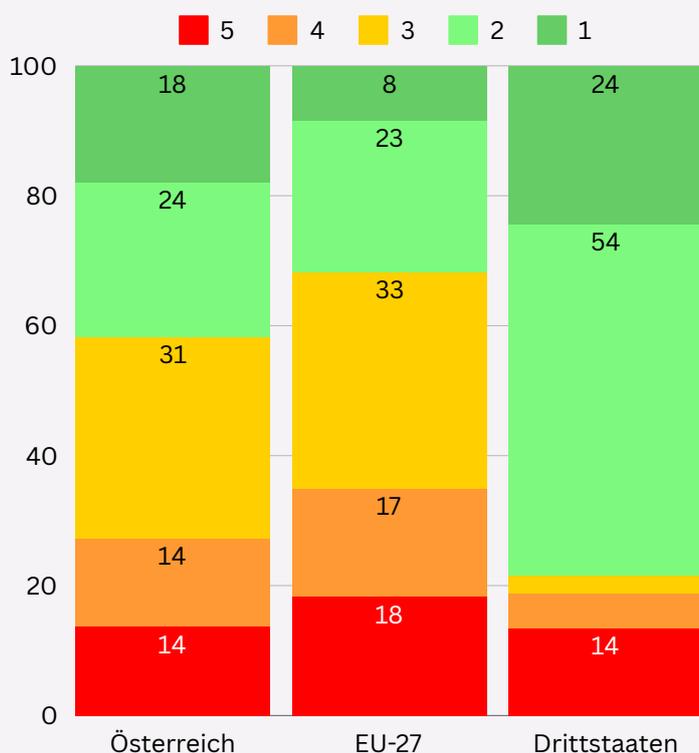


Abb. 29: Auswertung nach Geburtsland in Schulnoten

Sonstiger	2.1
Keiner	2.2
Lehre	3.1
Pflichtschule	2.7
Matura	3.0
Universität/FH	3.0

Abb. 30: Auswertung nach höchstem Bildungsabschluss in Schulnoten



Konkrete Forderungen:

Gesellschaftszugang für alle.

- **Mehr Unterstützung für Beeinträchtigte:** Barrierefreie Infrastruktur, Förderprogramme und finanzielle Hilfen sollen für bessere Gesellschaftsteilhabe sorgen
- **Diskriminierungsfreies Umfeld:** Sowohl im privaten wie auch im beruflichen Rahmen



TEUERUNG

Gesamtnote: 3.9

Genügend

Die Befragten benoteten das Thema Teuerung am negativsten. Die Stimmung ist geprägt von Frustration und Sorge um die Zukunft aufgrund der steigenden Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnraum. Entgegen der sonstigen Tendenz wird die Inflation am Land als belastender empfunden als in der Stadt. Ein großer Faktor ist der in ländlichen Gegenden benötigte Individualverkehr für den Arbeits- oder Ausbildungsweg. Dieser wird aufgrund der hohen Treibstoffpreise als Kostenfalle wahrgenommen. Es herrscht ein Gefühl der Ungerechtigkeit, da viele den Eindruck haben, dass die Politik die Teuerung sehr schlecht unter Kontrolle hat. Lehrlinge leiden unter den steigenden Lebenserhaltungskosten am stärksten und gaben eine Gesamtnote von 4.1. Im Punkt Bildung wird deren Situation gesondert aufgegriffen.

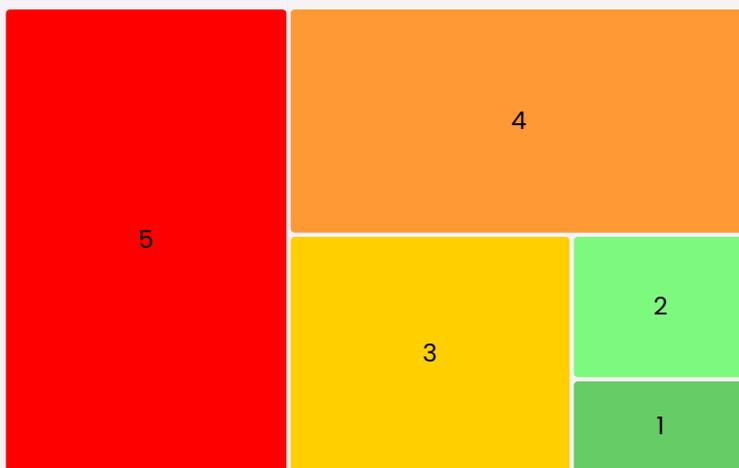


Abb.31: Junge Menschen sehen rot: proportionale Häufigkeit der vergebenen Noten zum Thema Teuerung

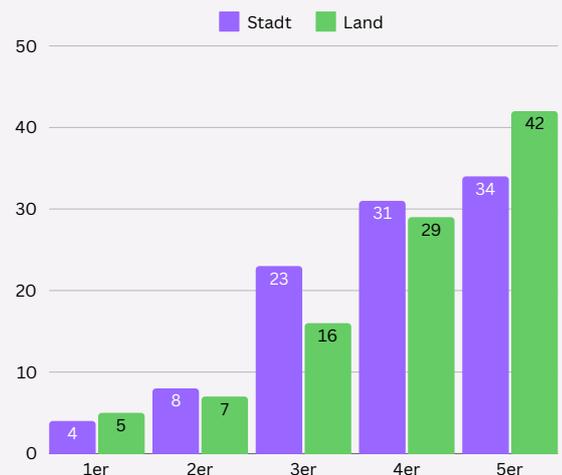


Abb.32: Auswertung nach Regionen in Schulnoten in %

Konkrete Forderungen:

Leistbares Leben, auch für junge Menschen.

- **Preissenkungen:** Insbesondere von Grundbedürfnissen (z.B. Lebensmittel, Miete, Treibstoff, ...)
- **Lohnerhöhungen:** Vor allem von niedrigeren Einkommensgruppen
- **Effizientere Bekämpfung der Inflation**



WIR MÜSSEN REDEN

Einleitung

In der Umfrage wurden die Teilnehmenden auch gefragt, ob in Österreich folgende Themen (wieder) offener diskutiert werden sollten:

- Vereinigte Staaten von Europa
- NATO-Beitritt Österreichs
- AKW-Bau
- Abschaffung des Zivil-/Wehrdienstes
- Zivildienst-/Wehrpflicht für alle
- Europäisches Heer
- Mehr direkte Demokratie durch Volksabstimmungen

Die Abstimmungsergebnisse werden im nächsten Abschnitt näher beleuchtet. Dabei standen folgende Antwortmöglichkeiten zur Verfügung: "Ja", "Eher Ja", "Eher Nein", "Nein" und "Keine Antwort".

Allgemein gilt es zu erwähnen, dass Frauen deutlich häufiger "keine Antwort" gaben, als Männer.

Vereinigte Staaten von Europa

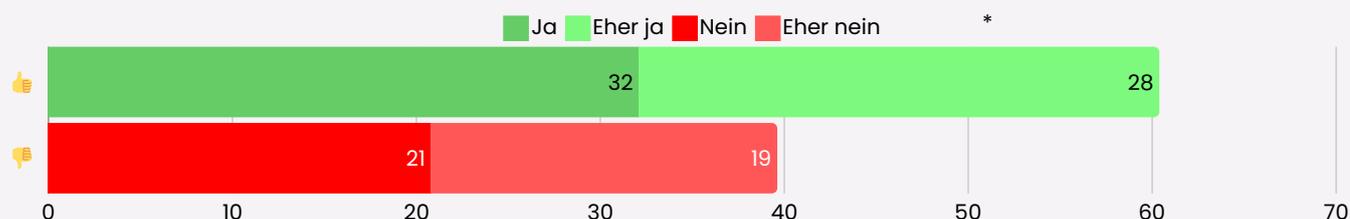


Abb.33: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Vereinigten Staaten von Europa' in %.

*15,72% der Befragten haben sich enthalten

Eine deutliche Mehrheit der Teilnehmenden (60%) wünschte sich eine offene Debatte über den Ausbau der EU hin zu den Vereinigten Staaten von Europa. Besonders starke Unterstützung für diese Frage fand sich unter Uni-Absolvent:innen, Selbstständigen und der Gruppe der 26-29 Jährigen (zwischen 68% und 73%). Geringere Zustimmung konnte man bei Personen mit Lehrabschluss (52%) erkennen. Junge Frauen stimmten tendenziell etwas weniger zu als junge Männer (59% zu 63%), Personen vom Land weniger als Stadtmenschen (56% zu 64%).

WIR MÜSSEN REDEN

Beitritt zur NATO

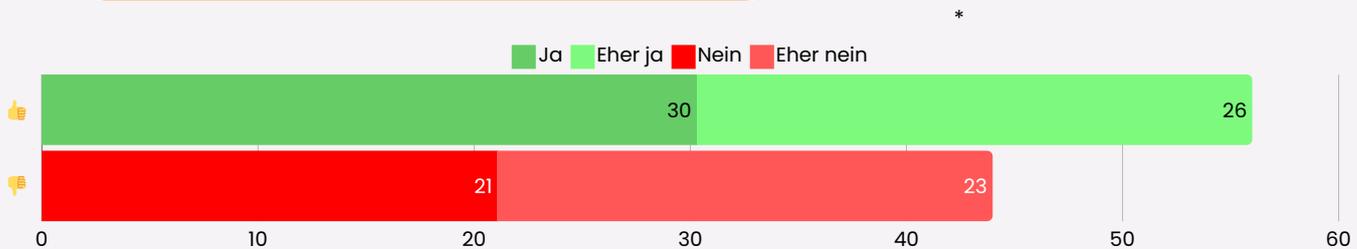


Abb.34: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Beitritt zur NATO' in %
*12,32 der Befragten haben sich enthalten

Der Tenor junger Menschen in der Diskussion über einen Nato-Beitritt ist eher positiv (56%). Männer befürworteten dies stärker als Frauen (60% zu 53%), Städter eher als Landbewohner (59% zu 53%). Personen aus dem EU Ausland sind dem gegenüber wesentlich offener als jene aus Österreich (81% zu 52%). Zusätzlich ist ersichtlich, dass Personen mit einem Lehr- (67%) oder Uniabschluss (60%) stärker zu einer Befürwortung tendierten, als jene in Ausbildung (Ø 57%).

Bau eines AKW

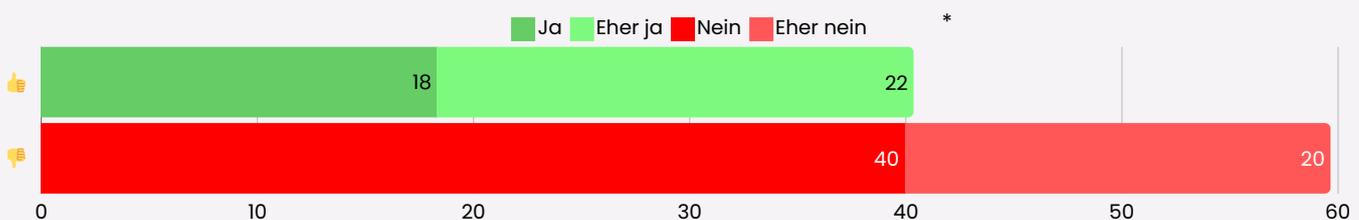


Abb.35: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Bau eines Atomkraftwerkes' in %
*17,67 der Befragten haben sich enthalten

Knapp 60% der Abstimmenden sind gegen eine Neueröffnung der AKW Debatte. Unter den männlichen Befragten befanden sich dabei noch wesentlich mehr Sympathisanten (46%) als unter den weiblichen (36%).

Sowohl mit steigendem Alter als auch mit höherem Bildungsabschluss wurde zudem die Meinung zur Frage negativer (von 48% Zustimmung auf nur noch 28%). Ein leichtes Stadt-Land Gefälle ist erkennbar, wobei Stadtbewohner:innen eher dagegen waren (39% zu 42% Zuspruch).

WIR MÜSSEN REDEN

Wehrdienst abschaffen

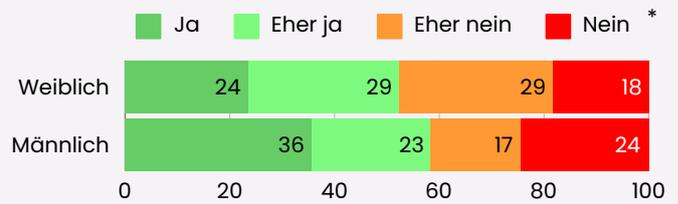
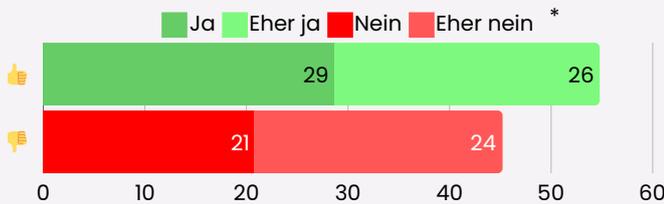


Abb.36 & Abb.37: Zustimmung der Befragten zum Thema 'Wehrpflicht abschaffen', aufgeteilt nach Geschlecht. in %.
*5,02% der Befragten haben sich enthalten

Die nur 5% Enthaltungen zeigen, dass das Interesse an dieser Frage groß ist. Ob offen über die Abschaffung des Wehrdienstes in Österreich diskutiert werden sollte, bejahten 55% der Befragten. Die männlichen –somit Betroffenen– Teilnehmer befürworteten diesen Impuls stärker mit 58%, Frauen wiederum mit "nur" 52%. Besonders starke Unterstützung fand die Frage unter Studierenden (70%) und älteren Teilnehmenden (Von 40% der unter 14-Jährigen auf 68% der 26-29 Jährigen). Auch gab es ein Stadt-Land Gefälle, mit Zustimmungswerten von 61% zu 48%. Im EU- Ausland Geborene sind offener dafür als gebürtige Österreicher:innen (72% zu 52%).

Wehrpflicht für alle

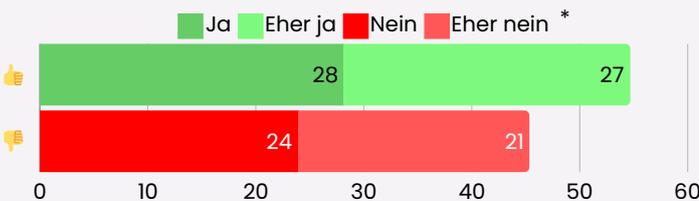


Abb.38: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Wehrpflicht für alle' in %.
*4,54 der Befragten haben sich enthalten

55% der Teilnehmenden sind offen für eine österreichweite Debatte über die Wehrpflicht für alle. Dabei gab es einen deutlichen Geschlechterunterschied, da 64% der Männer, aber lediglich 48% der Frauen dafür waren. Allgemein haben sich nur bei dieser Frage weniger Frauen als Männer enthalten - entgegen der allgemeinen Tendenz. Besonders niedriges Verlangen zu dieser Diskussion haben hierbei Schüler:innen und Studierende gezeigt (beide 51%), im Gegensatz zu Angestellten und Lehrlingen (67% und 61%).

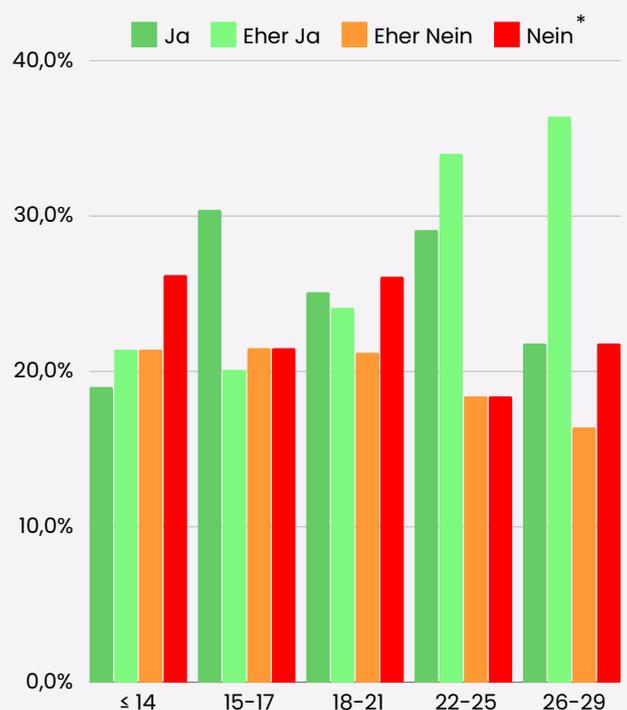


Abb. 39: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Wehrpflicht für alle' aufgeteilt nach Altersgruppen in %.

WIR MÜSSEN REDEN

Europäisches Heer

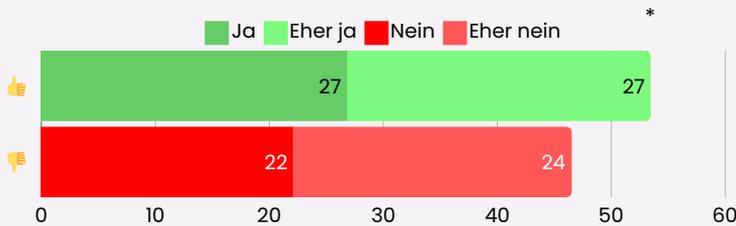


Abb. 40: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Europäisches Heer' in %
*11,18% der Befragten haben sich enthalten

In der Konversation um ein Europäisches Heer zeigen sich folgende Tendenzen: Mit steigendem Alter war größere Unterstützung erkennbar. Männer waren dafür deutlich offener als Frauen (59% zu 49%). Ein Stadt-Land Gefälle war erkennbar: Stadtmenschen sind eher pro EU-Heer (57% zu 50%). Im EU-Ausland geborene Personen waren deutlicher dafür als in Österreich geborene (69% zu 50%).

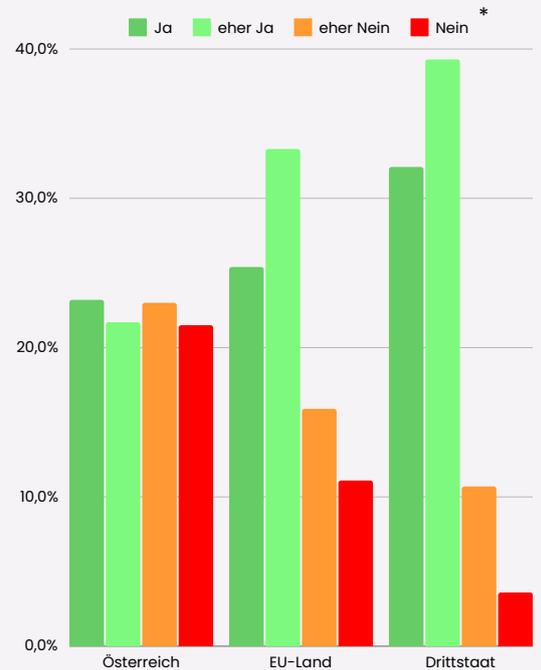


Abb. 33: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Europäisches Heer' aufgeteilt nach Herkunftsländer in %.

Direkte Demokratie

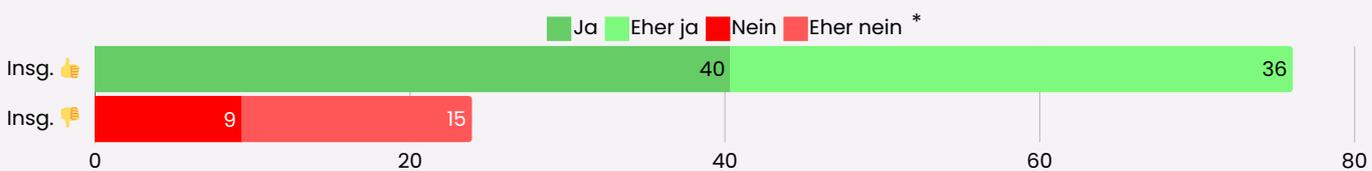


Abb. 41: Die Zustimmung der Befragten zum Thema 'Direkte Demokratie' in %
*9,24% der Befragten haben sich enthalten

Ø von Matura, Universität oder FH

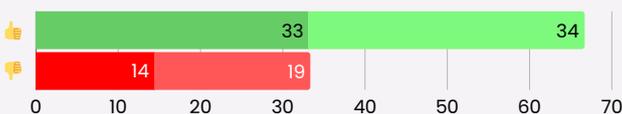


Abb. 42: Die Zustimmung der Befragten mit Matura oder Universitäts-/FH-Abschluss zum Thema 'Direkte Demokratie' in %.

Ø von Keinem oder Pflichtschulabschluss

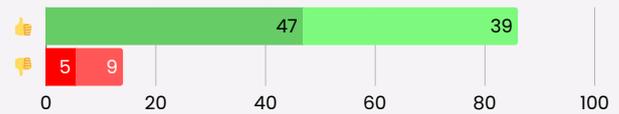


Abb. 43: Die Zustimmung der Befragten mit keinem oder Pflichtschulabschluss zum Thema 'Direkte Demokratie' in %.

Die Teilnehmenden wünschten sich eine Umorientierung zu mehr direkter Demokratie (76% Zustimmung). Personen mit höherem Bildungsabschluss oder Alter sehen das Thema weniger positiv - von 89% (kein Abschluss) auf "nur" 65% Zustimmung (Uni/FH Absolvent:innen). Zu beachten ist dabei ein möglicherweise unterschiedliches Verständnis des Begriffes 'Direkte Demokratie'.

POLITISCHE TEILNAHME

Junge Menschen schilderten ein grundsätzliches Interesse an politischer Teilhabe. 86% der Befragten konnten sich vorstellen, zumindest eine der genannten Partizipationsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Der Wahlgang ist mit Abstand die beliebteste Form der eigenen Stimme Ausdruck zu verleihen.

Entschieden unpopulär für junge Personen ist die Option einer Partei beizutreten. Interessant ist weiters, dass eine Demonstration oder ein Streik populärer zu sein scheint, als sich an einer politischen Debatte zu beteiligen.

Beachtlich ist weiters, dass bei der Option "An Demo & Streiks teilnehmen", mehr Personen bereits beteiligt waren, als es sich (weiterhin) vorstellen können.

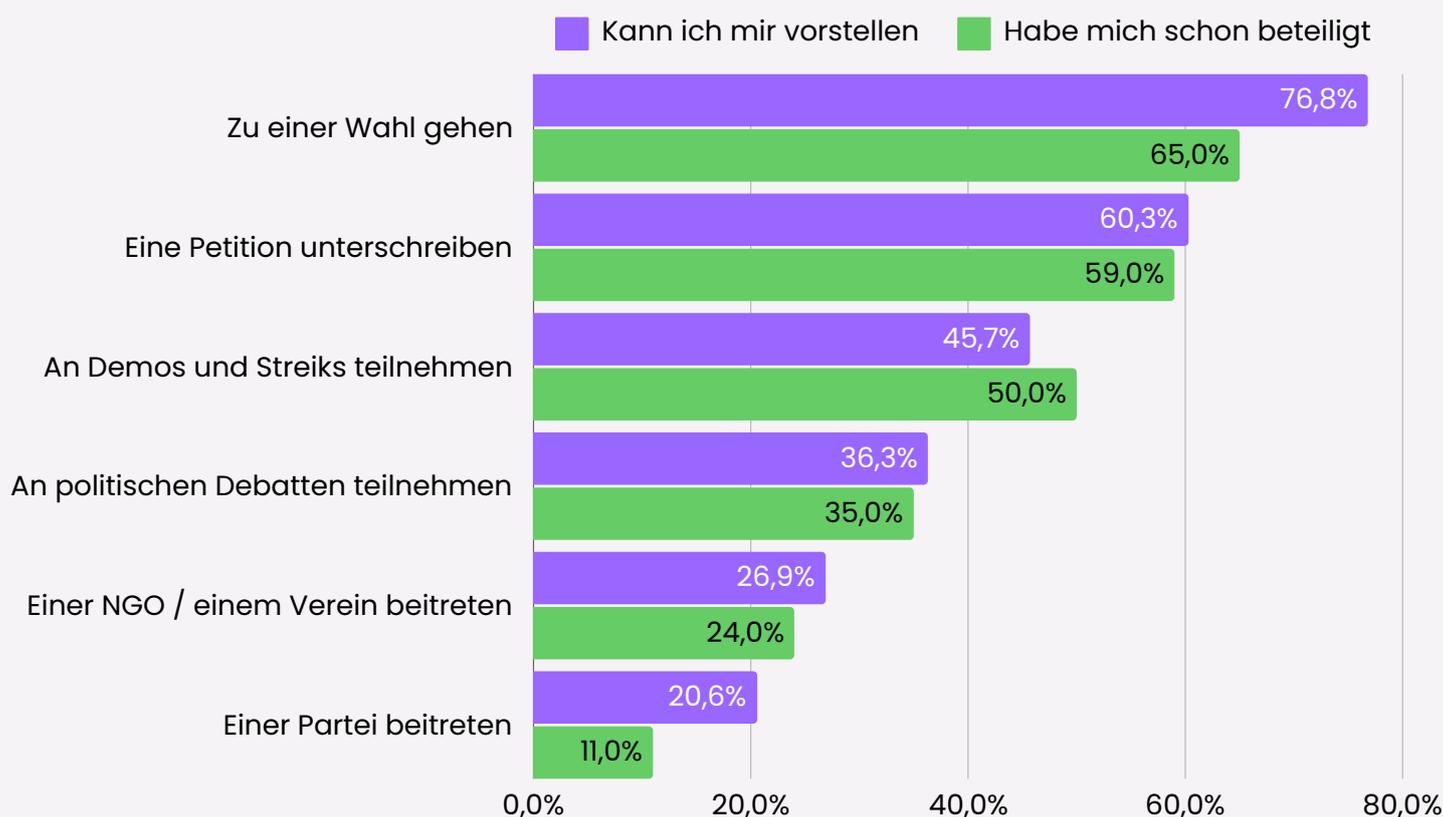
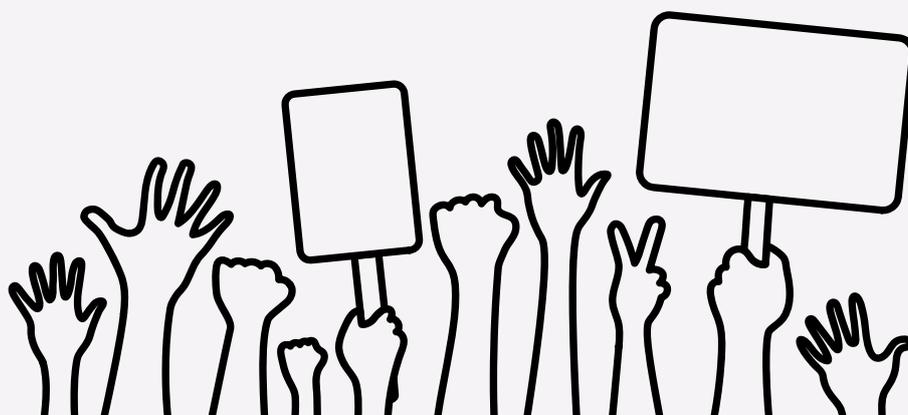


Abb. 44: Wie beteiligen sich die Befragten in %.



WIE WILL ICH ERREICHT WERDEN

Politiker:innen können jungen Menschen laut deren eigener Aussage am besten via Instagram oder vor Ort bei Veranstaltungen über ihre Arbeit informieren. Es bestätigt sich also die Nutzung von Sozialen Medien als Nachrichtenportal für junge Menschen. Persönlicher Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern zur Jugend als Zielgruppe hat aber nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert.

Weiters wurden in einem freien Antwortfeld ORF, Twitter/X, Youtube, Tageszeitungen und Radio genannt.

(Mehrfachantworten möglich)

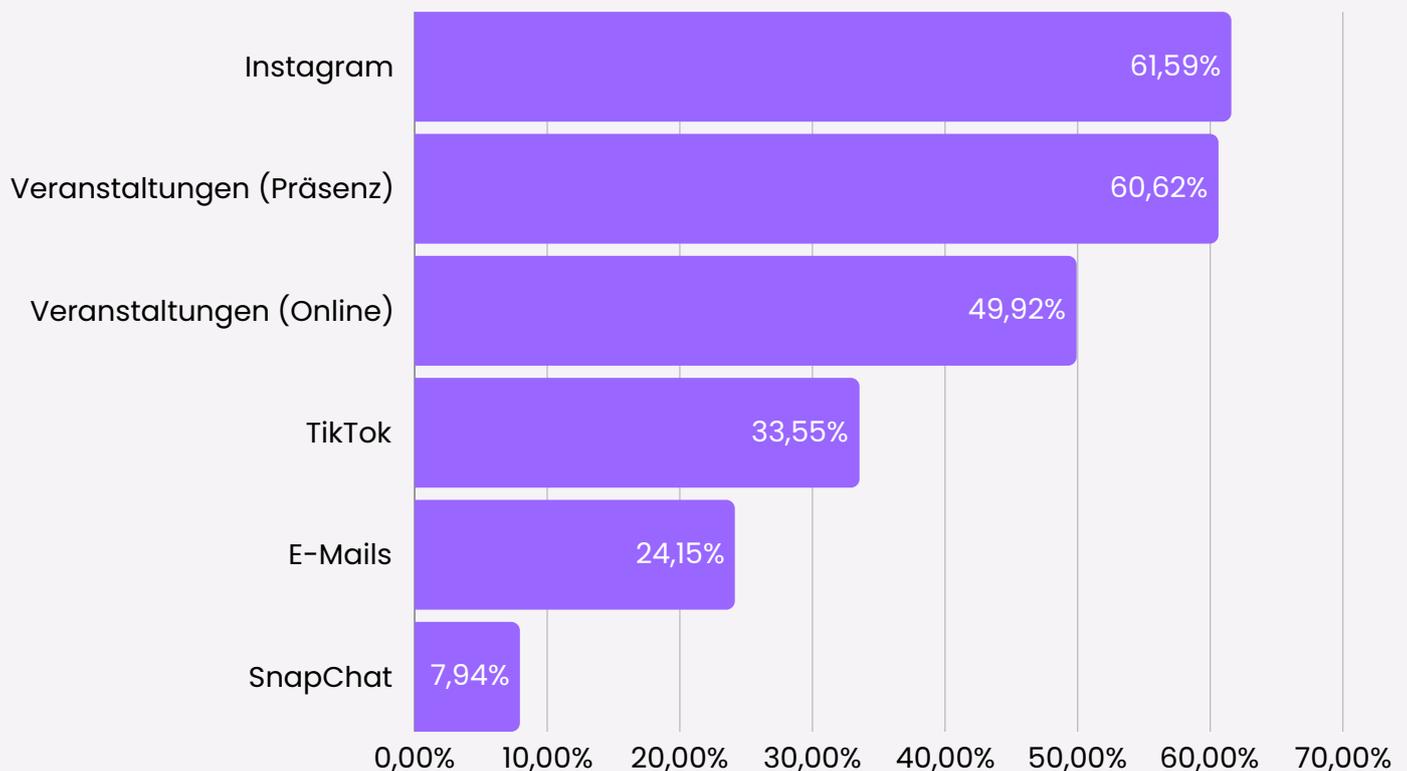
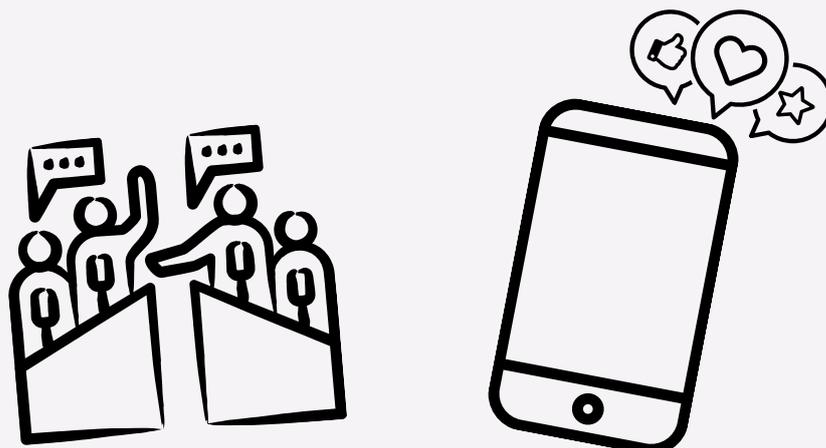


Abb. 45.: Wie die Befragten von Politiker:innen angesprochen und informiert werden wollen in %.



KAMPAGNEN RÜCKBLICK



ZUSAMMENFASSUNG

Mit einer durchschnittlichen Note von 3.06 bewerteten die Teilnehmenden die Arbeit der Regierung mit *Befriedigend*. Dabei schnitten die Themen Teuerung, Klimawandel und das der geflüchteten Menschen besonders schlecht ab.

Grundsätzlich lassen sich folgende Tendenzen über alle Themen hinweg erkennen: Weibliche Personen benoteten strenger als männliche, die älteren strikter als die jüngeren und die Stadtbevölkerung schärfer als die des Landes.

Diese Trends setzten sich auch in der "Wir müssen reden" Sektion fort, in welcher auch erkennbar ist, dass es überraschend große Unterstützung für Diskurs über Europäische -auch militärische- Kooperation gibt. Wenig Gesprächsbereitschaft findet sich bei AKWs.

UNSER FAZIT

Junge Leute fühlen sich nicht repräsentiert!

Wir zeigen mit diesem Bericht aber, dass sie interessiert und auch engagiert sind - wenn auf Augenhöhe angesprochen. Leider wird dies viel zu selten gemacht. Sie fühlen sich außen vorgelassen - nicht nur wegen anderer Prioritäten und Lebensrealitäten, sondern auch weil sich ihr soziales Leben auf anderen Plattformen abspielt.

Über 2/3 aller Befragten können und wollen über Instagram erreicht werden, 1/3 über TikTok.

Wie die "Wir müssen reden" Sektion zeigt gibt es Gesprächsbedarf bei vermeintlich abgehakten Themen. In einem überalterten Österreich muss der Stimme der Zukunft Gehör geschenkt werden, gerade wenn sie der vermeintlichen österreichischen Durchschnittsmeinung widerspricht. Hier gibt es eine Gelegenheit für Austausch - nicht über, sondern mit jungen Leuten!

Es gibt kein Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger, sondern steigende Desillusionierung und Frustration mit "denen da oben". Dieses gestörte Verhältnis muss repariert werden. Der oben genannte Austausch ist ein effektives Mittel, genau diese Lücke zu füllen!

Dieser Bericht soll eine Grundlage zum Diskurs bieten und aufzeigen, welche Themen adressiert werden müssen um die Vertrauensbasis wiederherzustellen.

Powerd by:



Co-funded by
the European Union

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen der Autor:innen und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union wieder. Die Europäische Union kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

APPENDIX

Steh für was Österreich

„Steh für was“ ist eine Kampagne zum Engagement junger Menschen. Die Kampagne wird von EUth koordiniert und von der Europäischen Union kofinanziert. Der folgende Fragebogen bietet dir die Möglichkeit, einen Beitrag zur Gestaltung der Politik in Österreich zu leisten. Die Ergebnisse werden mit österreichischen Entscheidungsträger:innen geteilt – mit dem Ziel, die Themen, die für junge Menschen Priorität haben, auf die Tagesordnung zu bringen.

Partner in der Kampagne:

aha - Jugendinfo Vorarlberg

Akzente Salzburg

LOGO Jugendmanagement - Steiermark

Jugend:INFO - Niederösterreich

EUth - Österreichweit

Dieses Projekt ist cofinanziert durch die Europäische Union

Allgemeine Abfrage für statistische Zwecke

Q1 - Wie alt bist du?		
1	14 und jünger	
2	15-17	
3	18-21	
4	22-25	
5	26-29	
6	Über 30	

Q2 - Was ist dein Geschlecht?		
1	Weiblich	
2	Männlich	
3	Non-Binary	
4	Anderes	
5	Keine Angabe	

Q3 - Geburtsland		
1	Österreich	
2	Ein anderes EU-Land	
3	Ein Land außerhalb der EU	

Q4 - In welchem Land lebst du derzeit?		
1	In Österreich	
2	In einem anderen Land als Österreich	

**Q5 - Was ist dein höchster
Bildungsabschluss?**

1	Keiner	
2	Pflichtschule	
3	Matura	
4	Lehrabschluss	
5	Universität/FH	
6	Sonstiges	

Q6 - Was machst du aktuell?

1	Schüler:in	
2	Lehrling	
3	Student:in	
4	Angestellt	
5	Selbstständig	
6	Arbeitssuchend	
7	Sonstiges	

Q7 - In welcher Region lebst du?

1	Wien	
2	Stadt	
3	Gemeinde	
4	Ländliches Gebiet	

Q8 - In welcher Region lebst du?

1	Burgenland	
2	Kärnten	
3	Niederösterreich	
4	Oberösterreich	
5	Salzburg	
6	Steiermark	
7	Tirol	
8	Vorarlberg	
9	Wien	
10	Nicht in Österreich	

Wir wollen wissen, was alle, die in Österreich wohnen, zu diesen Themen sagen. Wie zufrieden bist du mit der Arbeit der Politik bei folgenden Themen:

Q9 – Bewerte folgende Themen nach Schulnoten. Von 1 – Sehr zufrieden bis 5 – Nicht zufrieden.

Kleiner Tipp: Handy drehen oder nach rechts scrollen um alle Zahlen zu sehen.

	Thema	Note 1	Note 2	Note 3	Note 4	Note 5	Keine Angabe
1	Teuerung						
2	Umgang mit geflüchteten Menschen in Österreich						
3	Klimawandel						
4	Digitalisierung						
5	Überschwemmungen und Waldbrände						
6	Überschwemmungen und Waldbrände						
7	Job-Chancen						
8	Rechte von Minderheiten (z.B. LGBTQIA+, Ethnischer Herkunft, Nationaler Herkunft...)						
9	Frauenrechte						
10	Meinungs- und Pressefreiheit						
11	Bildung						
12	Korruption						
13	Armutgefährdung						
14	Mitbestimmung in der EU						

Q10 - Haben wir ein Thema vergessen

1

**Q11 - Magst du eines der Themen oben genauer beschreiben?
Meine Antwort**

1

Q12 - Wie stehst du dazu? Sollte in Österreich offen über dieses Thema diskutiert werden?

	Thema	Ja	Eher Ja	Eher Nein	Nein	Keine Angabe
1	Österreichs Beitritt zur NATO					
2	Bau eines AKW's					
3	Zivildienst/Wehrpflicht abschaffen					
4	Zivildienst/Wehrpflicht verpflichtend für alle					
5	Europäisches Heer					
6	Direkte Demokratie durch Volksabstimmungen (Beispiel der Schweiz)					
7	Vereinigte Staaten von Europa					

**Q13 - Haben wir ein Thema vergessen?
Meine Antwort**

1

Q14 - Magst du eines der Themen oben genauer beschreiben?

1

Q15 - Wie kannst du dir vorstellen, mitzumachen und dich zu beteiligen?

1	Bei einer politischen Wahl wählen gehen (z.B: Bei der EU-Wahl oder der Nationalratswahl 2024)	
2	Eine Petition unterschreiben	
3	An politischen Debatten teilnehmen	
4	An Demos und Streiks teilnehmen	
5	Einer NGO / einem Verein beitreten	
6	Einer Partei beitreten	
7	Bin nicht interessiert	

Q16- Wie hast du dich bereits (mindestens ein Mal) beteiligt?*

	Thema	Teilgenom men	nicht teilgenomm en	will nicht teilnehmen	keine Antwort
1	An politischen Wahlen				
2	An Petitionen				
3	An politischen Debatten				
4	An Demos und Streiks				
5	Einer NGO / einem Verein beigetreten				
6	An Kampagnen				
7	Einer Partei beigetreten				

Q17 - Möchtest du hier eventuell weiter erläutern wie du aktiv warst?

1	
---	--

Q18 - Wie willst du von Politiker:innen angesprochen und informiert werden?

1	TikTok	
2	Instagram	
3	SnapChat	
4	Veranstaltungen (Präsenz)	
5	Veranstaltungen (Online)	
6	Sonstiges (Freifeld)	

Q19 - Wie erreichen Politiker:innen dich am einfachsten?

1	
---	--

Q20 - Wie wurdest du auf uns „Steh für was“ aufmerksam?

1	Veranstaltung (Präsenz)	
2	Veranstaltung (Online)	
3	Social Media	
4	Newsletter	
5	Werbung	
6	Durch Freund:innen und Bekannte	
7	Sonstiges	

Q21 - Die Datenschutzbestimmungen findest du hier:

1	Ich stimme zu
---	---------------

Die Datenschutzbestimmungen findest du hier: <https://euth.at/datenschutz>

Ich stimme zu

Gewinnspiel

Wenn du am Gewinnspiel teilnehmen magst, schicke dieses Formular ab. Danach kommt ein Link zum Gewinnspiel Formular.

Co-funded by the European Union

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen der Autor:innen und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union wieder. Die Europäische Union kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

Zitiervorschlag für dieses Dokument

EUth (2024): Steh Für Was Report 2024. Wien, Österreich; oder auch online unter: www.euth.at

IMPRESSUM

EUth - Verein zur Förderung der Individualität von Jugend in Europa

Belvederegasse 39 Top 7
1040 Wien, Österreich

Web: www.euth.at
ZVR: 1692219081

#STEHFÜRWAS



 **IHR TREFFT DIE
ENTSCHEIDUNGEN,
ABER WIR TRAGEN
DIE KONSEQUENZEN.
HÖRT AUF UNSERE
STIMMEN.**

Powerd by:



Co-funded by
the European Union